

Bericht über die Präsidialverwaltung

Autor(en): **Dürrenmatt, H. / Grimm, R. / Moeckli, G.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1940)**

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417225>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

BERICHT

ÜBER DIE

STAATSVERWALTUNG

DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1940

Bericht über die Präsidialverwaltung.

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. H. Dürrenmatt.
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat R. Grimm.

Vizepräsident des { Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat R. Grimm.
Regierungsrates: { Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat G. Moeckli.

Volksabstimmungen.

Im Berichtsjahr fanden zwei kantonale und eine eidgenössische Volksabstimmung statt.

A. Kantonale Volksabstimmungen.

Die erste Volksbefragung wurde angesetzt auf den 2. Juni 1940 und betraf die Vorlagen betreffend das Gesetz über die Neuordnung der Besoldungsabzüge für die Lehrkräfte der Primar- und Mittelschulen und betreffend Finanzierung der Wehrmannsunterstützung und der Ausgleichskassen, sowie Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung. Beide Vorlagen wurden angenommen; die erste mit 22,322 gegen 8718 und die zweite mit 26,036 gegen 5020 Stimmen. Von den 215 709 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern sind 32,851 oder 15,2 % an die Urne gegangen.

Am 6. Oktober nahmen die stimmberechtigten Bürger zwei Gesetze an, nämlich das Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches mit 17,047 gegen 9625, also mit einem Mehr von 7422 Stimmen, und das Gesetz über die Strassenpolizei und die Besteuerung der Motorfahrzeuge mit 13,850 gegen 12,893 Stimmen, somit mit einem Mehr von 957 Stimmen. An der Wahlverhandlung beteiligten sich von den 218,038 Stimmberechtigten 27,555 oder 12,7 %.

B. Eidgenössische Abstimmung.

Die einzige in eidgenössischer Angelegenheit stattgefundene Abstimmung wurde angesetzt auf den 1. Dezember. Zur Abstimmung kam das Bundesgesetz über die Abänderung der Art. 103 und 104 des Bundesgesetzes vom 12. April 1907 betreffend die Militärorganisation (Einführung des obligatorischen militärischen Vorunterrichts), das im Kanton Bern bei einer Gesamtzahl von 220,685 in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern verworfen wurde mit 50,466 gegen 55,719 Stimmen. Die verwerfende Mehrheit betrug 5253 Stimmen und die Wahlbeteiligung 48,9 %.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung.

Als *Ständeräte* wurden vom Grossen Rat am 14. November für die Amtsperiode vom 1. Dezember 1940 bis 30. November 1941 wiedergewählt Regierungsrat Dr. H. Mouttet und Rudolf Weber, Landwirt in Grasswil, die bisherigen.

Aus der bernischen Vertretung im *Nationalrat* schied infolge Rücktrittes aus Herbert Moos, Redaktor in Bern, von der Liste des Landesringes der Unabhängigen, an dessen Stelle Dr. med. Paul Andres, Arzt in Bern, nachrückte.

Grosser Rat.

Der Rat hielt 4 Sessionen mit 20 Sitzungen ab. Davon war die erste Session im Monat März eine ausserordentliche. Die ordentliche Frühjahrs-session musste wegen der zweiten Generalmobilmachung der schweizerischen Armee auf den 3. Juni verschoben werden.

Für den Rest des Verwaltungsjahres 1938/39 amtete infolge Rücktrittes von Grossratspräsident Ed. von Steiger, der zum Regierungsrat gewählt wurde, der erste Vizepräsident Dr. A. Meier, Fürsprecher in Biel. Für das Jahr 1940/41 wurde dieser dann zum Grossratspräsidenten gewählt. Als 1. Vizepräsident amtete für die gleiche Amtsperiode Robert Bratschi, Generalsekretär S. E. V., Bern, und als 2. Vizepräsident Notar Friedr. Keller, Langnau.

Von den Mitgliedern des Grossen Rates verschieden im Berichtsjahre Otto Graf, Lehrersekretär, Bern, Walter Hürbin, Fürsprecher, Bern, und Marc Monnier, Vertreter, St. Immer. Ferner traten zurück Robert Raaflaub, Fabrikant, Moutier, und Jean Gressot, Redaktor, Pruntrut. An deren Stellen und an Stelle des letztes Jahr zurückgetretenen Ed. von Steiger traten neu in den Rat ein: Rudolf Amstutz, Fürsprecher, Bern, Dr. Paul Flückiger, Fürsprecher, Bern, Fritz Grütter, Lehrer, Bern, Nicolas Langel, Uhrmacher, St. Immer, Waldemar Wüst, Vorsteher der Sekundarschule Moutier, und Joseph Brody, Landwirt in Chevenez.

Folgende wichtige Geschäfte wurden behandelt:

1. **Gesetze.** Gesetz über die Lehrerbesoldungen, 2. Beratung; Gesetz über die Strassenpolizei und die Besteuerung der Motorfahrzeuge, 1. und 2. Beratung; Gesetz über die Einführung des schweizerischen Strafgesetzbuches, 1. und 2. Beratung; Gesetz über die Erstellung von Radfahrwegen, 1. Beratung.

2. **Dekrete.** Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates; Dekret über die Erhebung der Motorfahrzeugsteuer; Dekret betreffend die Ergänzung von § 15 des Dekretes vom 21. März 1910 über die Einigungsämter; Dekrete betreffend die Errichtung einer 2. Pfarrstelle in der Kirchgemeinde Mett-Madretsch und betreffend Errichtung einer dritten Pfarrstelle in der reformierten Kirchgemeinde Delsberg; Übereinkunft zwischen den Ständen Bern und Solothurn über die kirchlichen Verhältnisse des Bucheggberges und der reformierten Pfarrei Solothurn vom 17. Februar 1875, Abänderung; Dekret betreffend Zuteilung des Gebietes der Einwohnergemeinde Bangerten zur Kirchgemeinde Rapperswil; Dekret betreffend den Gemeindeunterstützungsfonds; Dekret über die Vermögensverwaltung der Gemeinden; Dekret betreffend die Abänderung und Ergänzung von § 1 des Dekretes vom 6. April 1922 betreffend das bernische Polizeikorps; Dekret über den Zivilstandsdienst (Abänderung); Dekret betreffend die Errichtung einer Adjunktenstelle beim Kantonstierarzt.

3. **Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen.** Aus dem Berichtsjahre 1939 waren im Grossen Rat noch 3 *Motionen* hängig. Während des Jahres 1940 wurden 16 neue eingereicht, so dass zu behandeln waren 19 Motionen. Von diesen wurden 13 behandelt, eine umgewandelt in eine einfache Anfrage, eine als obsolet abgeschrieben, so dass auf Ende des

Berichtsjahres noch 4 hängig waren. Von den 5 gestellten Postulaten wurden im Berichtsjahre alle behandelt.

Im Jahre 1940 wurden 27 *Interpellationen* und *Einfache Anfragen* beantwortet und 6 vor der Beantwortung zurückgezogen.

4. **Andere Geschäfte.** Als wichtigste seien erwähnt: Abänderung des Volksbeschlusses vom 3. September 1939 zur Durchführung von Massnahmen für die Arbeitsbeschaffung in den Jahren 1940, 1941 und 1942 und für ihre Finanzierung; Bau der zweiten Stufe der Kraftwerke Oberhasli; Besoldung des Bankpräsidiums der Kantonbank; Verlängerung des Anleihevertrages mit der Schweizerischen Lebensversicherungs- und Rentenanstalt in Zürich; Hilfsaktion zugunsten bernischer kleingewerblicher Betriebe; Verwendung des Abwertungsgewinnes der Nationalbank II. Tranche; Kenntnisnahme vom Bericht des Regierungsrates über Arbeitsbeschaffung im Kanton Bern; Bericht betreffend die Frage der Verantwortlichkeit in Sachen der Bilanzbereinigung der Kantonbank von Bern; Bericht über die Lage der überschuldeten Gemeinden und Massnahmen zu ihrer Entlastung; Bericht über die Entwicklung der Altersfürsorge, die Auswirkungen, sowie über die Verwendung der Bundessubvention für die Unterstützung bedürftiger Greise, Witwen, Waisen und älterer Arbeitslosen; Ausrichtung von Beiträgen an die Gemeindealtersbeihilfen; Herabsetzung der Ansätze für die Motorfahrzeugsteuer während der Dauer der Treibstoffrationierung.

Regierungsrat.

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtete als *Regierungspräsident* der Direktor der Justiz Dr. Dürrenmatt. Am 1. Juni übernahm der Vizepräsident Bau- und Eisenbahndirektor R. Grimm das Präsidium, während als *Vizepräsident* der Direktor des Armenwesens, Regierungsrat G. Moeckli, gewählt wurde.

Regierungsratssitzungen fanden im Berichtsjahre 110 statt, wobei 4658 Beschlüsse gefasst wurden. Wegen des Rathausumbaus finden die Sitzungen des Rates nun im Konferenzzimmer im Tschärner-Haus statt. Infolge seiner Wahl zum Bundesrat schied Regierungsrat Ed. von Steiger auf Ende des Kalenderjahres aus dieser Behörde aus. Ed. von Steiger, der am 3. Dezember 1939 in den Regierungsrat gewählt wurde, verwaltete die Direktion des Innern. Dem zum Bundesrat gewählten Magistraten entbieten wir auch an dieser Stelle die besten Glückwünsche zu seinem verantwortungsvollen Amt in dieser schweren Zeit.

Das abgelaufene Jahr brachte dem Regierungsrat viele ausserordentliche Aufgaben. In der Hauptsache hängen diese zusammen mit dem europäischen Kriege und der am 9. Mai 1940 verfügten Wiedermobilmachung der schweizerischen Armee. Infolge der eintretenden Knappheit an Lebensmitteln und Rohstoffen mussten verschiedene kriegswirtschaftliche Massnahmen getroffen werden; für die kantonale Verwaltung erwähnt seien Massnahmen für die Holzversorgung, den Arbeits-einsatz in der Landwirtschaft, Arbeitszeit und Ladenschluss über die Wintermonate, Linderung für Kriegsgeschädigte im Jura und Vorkahren bei der Internierung von französischen und polnischen Truppen. Für Einzel-

heiten verweisen wir auf die Berichte der zuständigen Direktionen. Vermehrte Arbeit brachte der kantonalen Verwaltung auch die Regelung der Lohnausfallentschädigung an diensttuende Arbeitnehmer.

Weitere Schwierigkeiten für die Versorgungslage unseres Landes sind bei den schwierigen Transportverhältnissen auf den Meeren und den uns umgebenden Staaten, die unsere Zufuhren nahezu verunmöglichen, zu erwarten. Gegenüber den Leiden und Entbehrungen, die die Völker der in den Krieg verwickelten Länder durchmachen müssen, sind sie aber tragbar. Die gesunde Kraft unseres Volkes, die Standhaftigkeit und Bereitschaft unserer Armee und unserer obersten Landesbehörden werden die geforderten Opfer überwinden helfen, die, wenn unserem Lande Friede und Freiheit erhalten bleiben, nicht umsonst zu bringen sind.

Bezirksbeamte.

Für den im Jahre 1939 zum Oberrichter gewählten Fürsprecher Mumenthaler wurde als *Regierungsstatthalter* und Gerichtspräsident des Amtsbezirkes *Saanen* gewählt Fürsprecher William Moor, bisher Gerichtsschreiber.

Auf dem Wege der stillen Wahl wurde im Amtsbezirk *Frutigen* als *Gerichtsschreiber* (zugleich *Betriebs- und Konkursbeamter*) gewählt Fürsprecher und Notar Robert Germann, Steffisburg, an Stelle des zum Amtsschreiber gewählten Samuel Klopfenstein. Im öffentlichen Wahlgang wählte der Amtsbezirk *Nidau* zum *Gerichtsschreiber/Betriebsbeamten* Notar Hugo Maurer in Nidau an Stelle des nach Burgdorf gewählten Emil Ehrsam. Für den zum Gerichtspräsidenten erkorenen William Moor wurde im Amtsbezirk *Saanen* ebenfalls im öffentlichen Wahlgang als *Gerichtsschreiber/Betriebsbeamter* gewählt: Werner Schopfer, Notar in Saanen. Ferner trat im Berichtsjahr von seiner Stelle zurück Erich Haldi, *Gerichtsschreiber/Betriebsbeamter* im Amtsbezirk *Ober-Simmmental*; die Ersatzwahl fällt in das nächste Berichtsjahr.

Auf dem Wege der stillen Wahl wurde an Stelle des zurückgetretenen *Betriebsbeamten* Edwin Gloor in Burgdorf gewählt: Alfred Flühmann, bisher Angestellter dieser Amtsstelle.

Ersatzwahlen für Mitglieder des Amtsgerichtes.

Amtsbezirk Bern: Zurückgetreten sind die Amtsrichter Otto Bitterlin, Bern, und Léon Nadenbousch, Riedburg, während J. Erzinger, Papiermühle, verstorben ist; an deren Stellen wurden gewählt: Fritz Blank, Vorarbeiter, Papiermühle, August Huggler, alt Nationalrat, Bern, und Christian Salvisberg, Landwirt, Oberwangen. *Amtsbezirk Konolfingen*: Verstorben ist Gottlieb Hofmann, Notar, Walkringen; er wurde ersetzt durch Gottfried Keller, Lehrer in Richigen. *Amtsbezirk Oberhasli*: An Stelle des zurückgetretenen Kaspar von Bergen, Meiringen, wurde gewählt Chr. Zumbunn-Bieri, Landwirt, Unterbach. *Amtsbezirk Obersimmmental*: Verstorben ist Wilhelm Marggi, Lenk; an dessen Stelle ist gewählt worden Arthur Rieben, Notar, Lenk. Im *Amtsbezirk Interlaken* verstarb ferner der

Amtsrichter Ernst Blatter in Unterseen; dessen Ersatzwahl fällt ins nächste Berichtsjahr.

Ergänzungswahlen für Ersatzmänner der Amtsgerichte fanden statt in den Ämtern *Courtelay*, Wahl François Huguelet, Landwirt, Vauffelin; *Erlach*, Wahl Hans Hirschi, Pierrist, Erlach; *Obersimmmental*, Wahl Manfred Schläppi-Tritten, Gemeindepräsident, Lenk, und *Niedersimmmental*, Wahl Gottfried Räss, Kondukteur, Spiez. Auf Ende des Berichtsjahres waren noch nicht besetzt die ferner freigewordenen Stellen von Amtsgerichts-Ersatzmännern in den Amtsbezirken *Courtelay*, *Seftigen* und *Konolfingen*.

Staatskanzlei.

Im Berichtsjahre bezog die Staatskanzlei die neu-erstellten Bureau Räume in den Häusern Postgasse 70 und 72. Der Umzug war am 10. Juni 1940 beendet. Die Einrichtungen sind in allen Räumen sehr zweckmässig und modern; sie erlauben ein rationelles und rasches Arbeiten. Insbesondere ist begrüssenswert die Bereitstellung von genügend Schränken und Schubladen zum Einordnen der grossen Drucksachenlager der Staatskanzlei und zur Versorgung der Akten in Hängemäppchen.

Über den Geschäftsgang geben folgende Zahlen Aufschluss:

An die Direktionen überwiesene Eingänge	3,807
Überweisungen an den Grossen Rat	300
Ausführung von Drucksachenbestellungen für eine Verkaufssumme von	Fr. 55,346.25
Beglaubigung von Unterschriften	27,598
Im Anweisungsverkehr wurden erledigt	
1118 Geschäfte mit einem Ertrag von	Fr. 142,216.—

Die französische Abteilung besorgte ihrerseits 2097 Geschäfte, davon 573 des Regierungsrates und 1524 des Grossen Rates und der Direktionen, sowie überdies die Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt.

Staatsarchiv.

Das Berichtsjahr war für das Staatsarchiv besonders denkwürdig. Im Frühjahr wurde der Neubau auf dem Falkenplatz bezugsbereit. Im Sommer erfolgte der grosse Umzug. Im Herbst konnte das neue Staatsarchiv, in dem die alten Bestände Aufstellung gefunden hatten, seiner Bestimmung übergeben werden.

I. Personelles. Der Staatsarchivar, der seit dem 1. Mobilmachungstag Dienst leistete, wurde am 10. Februar zum Chef der Historischen Sektion im Armeestab ernannt. Gleichzeitig wurde im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten bestimmt, dass der Standort der Sektion ins Staatsarchiv verlegt werde, sobald dies bezugsbereit sei. Am 3. Juni wurde die Historische Sektion in das neue Staatsarchiv verlegt. Seit dem 20. August stand der Staatsarchivar jeweils wieder vom 11. bis 24. jeden Monats voll dem Archiv zur Verfügung.

Durch Regierungsratsbeschluss Nr. 1941 vom 24. Mai 1940 wurde der Personaletat des Archivs neu festgelegt. Am selben Tage wurde der eine Angestellte für wissenschaftliche Arbeiten, Christian Lerch, in die

I. Gehaltsklasse befördert. Gleichzeitig wurde zum Hauswart des Archivs der bisherige Magaziner Gottfried Gerber gewählt. Die freigewordene Magazinerstelle wurde am 13. August (Regierungsratsbeschluss Nr. 2968) mit Thomas Blatter, zunächst provisorisch auf ein Jahr, besetzt. Die Leitung des Archivs besorgte, während der militärdienstlichen Verhinderung des Staatsarchivars, sein offizieller Stellvertreter. Längere Zeit im Militärdienst abwesend waren ausser dem Staatsarchivar die Angestellten Lerch, Joss und der Hauswart Gerber.

II. Benutzung des Archivs. Wegen Bezugs des Neubaus und der dadurch bedingten Schliessung des Archivs ging die Benutzung stark zurück. Das Archiv war während 197 Arbeitstagen zur Benutzung geöffnet. In dieser Zeit wurde es von 211 Besuchern mit 476 Besuchen beansprucht. Die sehr zahlreichen Wappeninteressenten sind dabei nicht eingerechnet. Der Neubau des Archivs wurde von rund 300 Personen besichtigt.

III. Die Arbeit des Staatsarchivs war im Berichtsjahr durch Umzug und Bezug des Neubaus weitgehend bestimmt. Am 14. September konnte in eindrücklicher und froher Feier die Einweihung des Neubaus vollzogen werden, nachdem vom 27. Mai bis 6. September der Umzug der Bestände durchgeführt worden war. Über die Einzelheiten des Baues und des Umzugs gibt eine Festschrift Auskunft, die bei Anlass der Eröffnung des neuen Archivs zur Verteilung kam.

Die Einwohnergemeinde Bern schenkte dem Staatsarchiv bei der Einweihung des Neubaus das gediegen neu gebundene, sehr kostbare Alt-Polizei-, Eid- und Spruchbuch aus dem 15. Jahrhundert.

An grösserem Zuwachs ist besonders eine nach Bezug des Neubaus erfolgte umfangreiche Ablieferung der Kantonsbuchhaltereien zu nennen, die zahlreiche Materialien noch aus der Zeit der Mediation und Restauration neben allerhand neueren Finanzakten umfasste. Zur Entlastung der Kantonsbuchhaltereien übernahm das Archiv gleichzeitig einen erheblichen Posten Rechnungsbelegbände zur vorübergehenden Unterbringung.

In den Besitz des Staatsarchivs gingen im Berichtsjahr die Urkundenbestände der von der Stadtbibliothek übernommenen Bibliothek von Mülinen über, für welche dieser Fr. 2500 vergütet wurden.

Umzug und Neuaufstellung nahmen das durch Militärdienst verringerte Personal weitgehend in Anspruch, so dass Inventarisierungsarbeiten fast ganz unterbleiben mussten und lediglich die Fortführung der Wappenkartothek in bescheidenem Umfang möglich war.

Instandstellungsarbeiten des Archivs konnten durch Beteiligung an einer Arbeitsbeschaffungsaktion für das Buchbindergewerbe wesentlich gefördert werden.

IV. In wissenschaftlicher und publizistischer Hinsicht bot die Eröffnung des Neubaus erwünschte Gelegenheit, Wesen und Geschichte des Staatsarchivs einem weitem Kreise durch Herausgabe einer kleinen Festschrift zugänglich zu machen. Das im Rahmen der Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde erschienene Heft fand Beifall und förderte das Interesse am Staatsarchiv und seiner kulturellen Aufgabe.

Die Arbeit am Band X der *Fontes rerum* benennium konnte erst gegen das Ende des Jahres wieder aufgenommen werden.

V. Anlässlich der Eröffnung des Neubaus wurde eine **Ausstellung** besonders wertvoller Urkunden und Dokumente des Staatsarchivs zusammengestellt, welche, in drei Gruppen gegliedert, seltene Urkunden, Aufstieg und äussere Bedeutung des altbernischen Staates und Wesenszüge seiner innern Einrichtung zur Darstellung brachte.

VI. Ehemals fürstbischöflich-baslerisches Archiv. Für das fürstbischöfliche Archiv und seine Benutzung ist der Bezug des Neubaus des Staatsarchivs von besonderem Vorteil. Seine Bestände waren bisher im Käfigturm gelagert und ihre Beanspruchung infolge der Entlegenheit und der Unheizbarkeit der Lokalitäten mühselig. Durch die Übersiedlung ins neue Staatsarchiv ist die Arbeit des mit ihrer Ordnung Beauftragten sehr erleichtert. Aus persönlichen Gründen litt die Arbeit dieses Dienstzweiges durch die Umsiedlung weniger. Es konnten bei 40 Abteilungen behandelt werden, deren Bedeutung und Umfang allerdings verschieden war. Das «jurassische» Archiv in seiner neuen Unterbringung wurde anlässlich einer Zusammenkunft der jurassischen Gerichtspräsidenten von diesen besichtigt.

VII. Das Hallwyl-Archiv. Für das Hallwyl-Archiv wurde im neuen Staatsarchiv stiftungsgemäss ein Sonderraum zur Verfügung gestellt. Das Archiv wurde, wie üblich, durch einen Vertreter des Stiftungsrates besichtigt.

Der Hallwylarchivfonds betrug am 1. Januar 1940 Fr. 10,503.20. Er beträgt am 1. Januar 1941 Franken 10,820.90. Die Zinseingänge machen Fr. 355.35 aus. Angeschafft wurden nur einige Werke zur Geschichte des Kantons Aargau.

Kunstaltertümerpflege.

Die Kunstaltertümerkommission hielt im Jahre 1940 keine Plenarsitzungen ab. Dagegen befasste sich das Bureau am 9. März in einer besonderen Konferenz eingehend mit der Frage der Sicherungsmassnahmen für die Glasgemälde in den Kirchen bei Kriegsgefahr und liess sich am 9. Mai in einem Augenschein über den Stand der Ausgrabungen an der alten Klosterkirche (Haberhaus) zu Rüeggisberg durch Professor Hahnloser aufklären.

Des fernern fanden im Berichtsjahr auf dem Gebiet der Kunstaltertümerpflege Verhandlungen in 20 Geschäften statt in Form von Berichten, Gutachten usw. Davon stammen 9 Fälle aus den Vorjahren und 11 betreffen Neueingänge. Erstere Fälle behandeln: die *Kirche zu Wynau*, Änderungen an der Kanzel; die *Altstadtsanierung in Bern*; Restaurierung des Wandgemäldes «Heilige Sippe» in der *Kirche zu Oberburg*; die Ausgrabungen auf dem *Heidbühl zu Utendorf*; die Fresken der *Stadtkirche Biel*; die *Porte de France* und das *Stadthaus zu Pruntrut*; die *Kirchen zu Würzbrunnen und Erlenbach*; die Neueingänge haben zum Gegenstand: die Sicherung der *Kirchenfenster im Münster zu Bern*, wobei einem Gesuch um einen Beitrag von Fr. 6000

aus grundsätzlichen Gründen nicht entsprechen werden konnte; eine Einsprache des Heimatschutzes gegen Bauvorhaben an der *Kirche zu Herzogenbuchsee*; die Freilegung des *Pulverturmes zu Strättligen*; die projektierte Inventaraufnahme der *Kirchenorgel zu Vechigen*; den Wiederaufbau der *Kirche in Saanen*; die Fassadenrenovation am *Hôtel de Musique in Bern*; Ausgrabungen in der *Grotte St^e-Colombe zu Undervelier*; die Eigentumsverhältnisse an Glasgemälden der *Kirche Hilterfingen* und Altertümer im *Chartreusewald* daselbst und schliesslich den Erwerb der *Urkundensammlung von Mülinen* von der Stadtbibliothek um Fr. 2500.

Der für Zwecke der Altertümpflege zur Verfügung stehende Kredit betrug für das Berichtsjahr Fr. 8000.—

Auf Rechnung dieser Summe wurden ausgegeben:

An Ing. von Lerber für die Fortsetzung der Kirchen-Photographien	Fr. 1037.50	
Beiträge an die Ausgrabungen in Rüeggisberg	» 6213.65	
Beitrag an die Arbeiten an der Kirche Erlenbach	» 200.—	
Taggelder	» 50.20	
		» 7501.35
		Nicht verwendet <u>Fr. 498.65</u>

Aufnahmen in das Inventar der Kunstialtertümer fanden im Berichtsjahr keine statt.

Bern, den 3. April 1941.

Der Regierungspräsident:
Grimm.

Vom Regierungsrat genehmigt am 6. Mai 1941.

Test. Der Staatsschreiber: **Schneider.**

